

mit den Stimmen aller fünf Fraktionen **angenommen**.

(Beifall von den PIRATEN und von Hans-Willi Körfiges [SPD])

Wir kommen zur Abstimmung über den so geänderten **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/1045 – Neudruck**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat die direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit direkt zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Ich darf Sie fragen, wer für diesen Antrag stimmt. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen **angenommen**.

Wir kommen zu:

## **5 Stärkungspakt für Gymnasien – Ganztagsorganisation an den weiterführenden Schulen flexibilisieren und Kampagne für Ganztagsgymnasien starten**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1269

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile für die FDP-Fraktion der Kollegin Gebauer das Wort.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verspreche Ihnen, ich stehe jetzt das letzte Mal heute hier vorne.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag bedeutet eine erste – ich betone ausdrücklich: eine erste – wichtige Initiative für einen Stärkungspakt für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen.

Frau Ministerin Löhrmann, ich habe mir sagen lassen, Sie zitieren gerne Victor Hugo. Das Zitat lautet: Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Die Zeit für die Umsetzung dieses Antrages ist heute gekommen. Denn Ganztagsangebote etablieren sich immer stärker als feste Komponente unseres Bildungssystems. Betreuung im Ganztag, Zusatzangebote durch Einbringung von Vereinen, Stärkung der individuellen Förderung und veränderte Rhythmisierung werden immer mehr zum selbstverständlichen Bestandteil des schulischen Lernens. Im vergangenen Jahrzehnt ist der Ganztag unabhängig von den Regierungskonstellationen deutlich ausgebaut worden. Das ist richtig und muss auch zukünftig fortgesetzt werden.

Allerdings besteht zwischen den Schulformen noch ein erhebliches Ungleichgewicht. Nach Aussagen der Schulministerin arbeiten Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen und Sekundarschulen zu fast

100 % im Ganztag. Das ist ohne Zweifel eine wichtige Unterstützung.

Gymnasien haben aber bisher lediglich nur zu rund 25 % ein Ganztagsangebot. Auch, aber nicht nur weil es sich um die beliebteste weiterführende Schulform in Nordrhein-Westfalen handelt, müssen wir uns dort noch deutlicher anstrengen.

(Beifall von der FDP)

Es handelt sich nicht nur um die Frage der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder besserer Förderangebote. Ich erinnere auch daran, dass im Gemeindefinanzierungsgesetz die Unterstützung für Ganztagschüler mit 3,33, für Halbtagschüler aber mit 0,70 gewichtet ist. Es handelt sich insoweit auch um die Frage, wie das Land die Kommunen schülerbezogen finanziell unterstützt.

Meine Damen und Herren, niemand bestreitet, dass Rot-Grün gegenwärtig alle eingehenden Anträge der Gymnasien genehmigt. Man darf sich aber nicht einfach auf dieser Feststellung ausruhen. Wir müssen aktiv um Eltern, Pädagogen und Schulträger werben.

(Beifall von der FDP)

Wir fordern die Landesregierung auf, dass sie die Anstrengungen, wie sie sie auch für die Sekundarschulen im Haushalt und im exekutiven Handeln ergriffen hat, ebenfalls für den Ausbau an den Gymnasien unternimmt. Selbstverständlich werden wir, Frau Löhrmann, Sie auch dabei unterstützen, wenn Sie umfangreich an anderen Schulformen, wie zum Beispiel den Realschulen, für diesen Ganztagsausbau werben. Als Schwerpunkt haben wir aber heute aufgrund der großen Schülerzahl an den Gymnasien zunächst diese benannt.

Meine Damen und Herren, das alleinige Werben für den Ganztagsausbau reicht jedoch nicht aus. Gerade im ländlichen Raum scheitert ein Ganztagsausbau auch daran, dass es viele Eltern gibt, die aus den unterschiedlichsten Gründen kein Ganztagsangebot wünschen. Einige Eltern möchten ihre Erziehungsrechte recht umfangreich wahrnehmen. Manche Ablehnung ist hingegen längeren oder gar langen Fahrtzeiten und den damit verbundenen Einschränkungen bei außerschulischen Aktivitäten der Kinder geschuldet.

Für die FDP steht fest: Wir müssen die Elternrechte umfassend respektieren und den Ganztag umfassend flexibilisieren. Zukünftig muss es an allen weiterführenden Schulformen möglich sein, in einer Jahrgangsstufe sowohl Halbtags- als auch Ganztagsklassen anzubieten.

(Beifall von der FDP)

So können wir einen Schub beim Ganztagsausbau ermöglichen und gleichzeitig die Elternrechte wahren. Bundesländer wie Bayern oder das Saarland

zeigen, dass ein solches Nebeneinander auch qualitativ umsetzbar ist.

Meine Damen und Herren, im Sommer hat die Landesregierung zu dieser FDP-Forderung erklärt, dass eine Flexibilisierung leider aufgrund der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges nicht möglich sei. Die Praxis aber zeigt, dass diese Aussage so nicht richtig ist. Sie wird zum Beispiel durch ein Gymnasium in Kerpen widerlegt, das seit Jahrzehnten erfolgreich über ein solches flexibles Angebot verfügt.

Auch der doppelte Abiturjahrgang mit all seinen Schwierigkeiten fällt im kommenden Jahr weg. Wir wollen eine solche Flexibilisierung des Ganztages zum Schuljahre 2013/2014 ermöglichen.

(Beifall von der FDP)

Da dieses Argument der Ministerin dann nicht mehr besteht, freuen wir uns über eine Unterstützung der Regierungsfractionen im Interesse der Kinder und Jugendlichen und auch im Interesse ihrer Eltern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion der SPD spricht die Kollegin Stotz.

**Marlies Stotz (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Einen Stärkungspakt für Gymnasien fordert die FDP gleich im Titel ihres Antrages. Um es gleich vorweg zu sagen: Anders als beim Stärkungspakt Stadtfinanzen, bei dem wir ja mit der FDP durchaus gut zusammengearbeitet haben, werden wir dies beim Stärkungspakt Gymnasien so, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, nicht wiederholen.

Der kontinuierliche Ausbau des Ganztages ist auch nach unserer festen Überzeugung für die qualitative Weiterentwicklung unserer Schullandschaft unerlässlich und steht auch für uns Sozialdemokraten ganz oben auf der Tagesordnung. Ich freue mich, dass wir im Laufe der Jahre in dieser Frage hier im Hause doch zu einem grundsätzlichen Konsens gekommen sind. Vor zehn Jahren verliefen die Debatten zum Thema „Ganztag“ hier noch völlig anders.

Inzwischen ist es erfreulicherweise völlig unbestritten, dass der Ganztag ein wichtiger Baustein in der individuellen Förderung unserer Schülerinnen und Schüler darstellt, dass damit mehr Zeit für Kultur und Sport ermöglicht wird, auch eine andere Rhythmisierung des Unterrichts möglich wird. Nicht zuletzt ist der Ganztag eine unerlässliche Voraussetzung dafür, Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können.

Kurzum: Mit einem guten Ganztag – ob in der offenen oder gebundenen Form – haben Kinder und Jugendliche bessere Bildungschancen. Guter Ganz-

tag hilft, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen. Das haben bereits viele Eltern in unserem Land erkannt.

Seit Jahren steigt der Bedarf an Ganztagsplätzen überall und in allen Schulformen. Deshalb ist für uns klar: Wir bauen Schritt für Schritt den Ganztag in allen Schulformen weiter aus. Das ist – dies ist völlig klar – erklärtes Ziel der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung. Hieran arbeiten wir gemeinsam mit den Kommunen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern mit aller Kraft.

Mit der Einführung der offenen Ganztagsgrundschule 2003 sowie dem konsequenten Ausbau von Ganztagsangeboten in der Sekundarstufe I in den Folgejahren ist inzwischen, wie ich finde, ein flexibles und bedarfsgerechtes Angebot für alle Schulformen im Lande entstanden, das wir stetig fortentwickeln werden. Das ist auch heute Morgen in der Haushaltsdebatte deutlich geworden.

An dieser Stelle noch einmal ein Hinweis – Frau Ministerin Löhrmann hat dies bereits heute Morgen in der Haushaltsdebatte betont –: Wir arbeiten – auch gerade im Hinblick auf den Ganztag – daran, das Kooperationsverbot an dieser Stelle aufzuheben; denn Bildung ist nach unserem Dafürhalten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb kämpfen wir in der rot-grünen Koalition dafür, dass auch Investitionsförderung vom Bund für den Ausbau von Ganztagschulen möglich sein muss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun zum eigentlichen Anliegen der FDP, nämlich mehr Flexibilität in der Ausgestaltung des Ganztages zu ermöglichen. Ich möchte mich auf den aktuellen Erlass zum Ganztag aus dem Jahre 2010 beziehen. Dieser ermöglicht es nämlich heute schon allen Schulen gleichermaßen – also auch den Gymnasien –, den Ganztag mit verschiedenen Elementen flexibel einzuführen. Er lässt es schon jetzt zu, den Ganztag in verschiedenen Klassenstufen in unterschiedlicher Intensität umzusetzen, beispielsweise mit höherem oder niedrigerem Verpflichtungsgrad. Das ist schon heute so.

Ich gebe der FDP insofern recht, als die Gymnasien bislang nicht die Speerspitze der Bewegung in Sachen Ganztagsausbau bilden. Aktuell sind in unserem Land 155 gebundene Ganztagsgymnasien am Start. Das könnten auch nach unserem Dafürhalten durchaus mehr sein. Wenn man aber genau hinschaut, stellt man fest, dass heute nahezu alle Gymnasien weitere ergänzende pädagogische Angebote über die eigentliche Unterrichtszeit hinaus anbieten, die auch mit Landesmitteln finanziert werden. Dies hat sicher auch mit der Umstellung auf das G8 zu tun, wonach faktisch an mehreren Tagen in der Woche der Unterricht ohnehin bis in den Nachmittag reicht.

Man kann also durchaus festhalten: Auch die Gymnasien sind auf dem Weg. Auch sie sind in Bewe-

gung und entwickeln sich – wenn auch langsamer, aber stetig – auf den Ganzttag zu.

Nun ganz konkret zum Antrag. Wir teilen ganz und gar nicht die Auffassung der FDP, dass wir, wie im Antrag formuliert, eine umfangreiche Werbekampagne für den Ausbau des Ganztages brauchen. Viel sinnvoller ist es für uns, dass wir die Gymnasien sowohl bei der Bewältigung der Schulzeitverkürzung – da haben sie immer noch reichlich Stress – unterstützen, als auch fachlich und wissenschaftlich beim Ausbau zum Ganzttag begleiten.

Die Kernforderung, parallele Angebote von Ganztags- und Halbtagszügen an einer Schule zu ermöglichen, halten wir, ehrlich gesagt, organisatorisch für ausgesprochen schwierig. Wenn sich eine Schule auf den Weg zur Ganztagschule macht, soll das nach unserer Auffassung auch aus einem Guss sein. Daran sollten wir nicht ohne Not rütteln. Wir können das aber noch in der Debatte im Ausschuss vertiefen.

Wir stimmen natürlich der Überweisung in den Fachausschuss zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stotz. – Dann darf ich Frau Kollegin Birkhahn für die CDU-Fraktion aufrufen.

**Astrid Birkhahn (CDU):** Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! „Miteinander die Zukunft gestalten“ – unter diese Überschrift haben SPD und Grüne den Koalitionsvertrag gestellt. Damit wird der Anspruch artikuliert, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für die Menschen in Nordrhein-Westfalen Politik gestalten zu wollen – ein Vorhaben, das man auch aus unserer Sicht nur zustimmend unterstützen kann.

Es ist doch die Aufgabe von Politik, das Zusammenleben der Menschen – unter Berücksichtigung ihrer Sorgen, Wünsche, Anregungen und Bedarfe – zu regeln. Zu dieser Aufgabe gehört es, dass sich Politik kümmert, gute Rahmenbedingungen setzt und Lösungen im Sinne der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger aufzeigt. Politische Entscheidungen sollten damit dem Anspruch gerecht werden, nicht an der Realität vorbei getroffen zu werden.

Was den Bereich Schule angeht, sprechen Sie im Koalitionsvertrag davon, Elternmitwirkung zu stärken und Eltern echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Dies ist ein deutliches Signal an die Eltern in diesem Land, sie mit ihren Bedürfnissen ernst zu nehmen, sie in die politischen Entscheidungen einbeziehen zu wollen.

Doch schaut man einmal genauer auf die Umsetzung und führt sich die Realität vor Augen, muss man feststellen: In diesem Bereich machen Sie oft eine Politik an den Menschen vorbei.

Vor Kurzem bei der Anhörung zum 8. Schulrechtsänderungsgesetz ist dies von verschiedenen Eltern- und Verbändevertretungen angesprochen worden. Auch im Zusammenhang mit der Organisation des Ganztags an Schulen wird deutlich: Sie nehmen die Eltern in Nordrhein-Westfalen mit ihren Problemen und Sorgen nicht in der nötigen Weise ernst. Im Gegenteil. In diesem Bereich machen Sie eine Politik von oben herab nach dem Motto: Wir wissen schon, was gut für euch ist.

Sie berücksichtigen den Elternwillen nicht ausreichend; denn es besteht immer noch ein gravierendes Ungleichgewicht zwischen den Schulformen. Sie gehen nicht auf den Bedarf der Eltern ein. Hier sind wir klar an der Seite der FDP, die in ihrem Antrag formuliert:

„Der Ausbau des offenen Ganztags darf sich nicht zu einem Zwang für die Eltern entwickeln, der ihnen Wahlmöglichkeiten verwehrt und unverhältnismäßig in die Erziehungsrechte und -zeiten eingreift.“

In dieser Situation wird von Ihnen zu oft die Problemlage ignoriert. Meine Herren und meine Damen von SPD und Grünen, miteinander Zukunft zu gestalten heißt nicht, Menschen vorzuschreiben und von oben herab zu definieren, wie das Zusammenleben geregelt werden soll. Eltern brauchen eine Regierung, die sie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, und Eltern und Kinder brauchen eine Regierung, die mit ihren Entscheidungen die Kinder individuell fördert und auf die Bedürfnisse von Familien eingeht.

Genau das passiert in Ihrer Politik um den Ganzttag nicht, und deswegen sage ich: Sie geht an den Bedarfen der Menschen vorbei.

Schaffen Sie endlich die richtigen Rahmenbedingungen, und ermöglichen Sie den weiterführenden Schulen eine zeitnahe Flexibilisierung des Ganztagsangebots! Eröffnen Sie endlich die Möglichkeit, dass an Schulen parallel in einer Jahrgangsstufe Ganztagszüge, aber auch Halbtagszüge angeboten werden können!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Fachausschuss ist zu diesem Thema eine lebendige Diskussion zu erwarten, an der wir uns gerne engagiert beteiligen werden. – Ich danke Ihnen heute für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Birkhahn. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Beer das Wort.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will einmal die gute Nachricht, die dieser Antrag offensicht-

lich ausgelöst hat, zuerst benennen. Frau Kollegin Gebauer, Sie haben formuliert, dass es keine Benachteiligung für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen gibt. Dann distanzieren Sie sich sicherlich auch von den Wahlkampfeinlassungen Ihres Fraktionsvorsitzenden in dieser Geschichte, der ja immer von der Benachteiligung der Gymnasien gesprochen hat und es auch heute noch mit Fleiß tut. Das ist erst einmal ein wohltuendes Sich-Absetzen von dieser Position.

Sie haben sicherlich auch zur Kenntnis genommen, was die Kollegin Stotz eben gesagt hat und was bereits im Schulgesetz steht. Frau Ministerin hat in der anderen Debatte davon gesprochen, dass an dem Projekt der Stiftung Mercator schon 142 Gymnasien beteiligt sind. Von daher ist Ihre Überschrift, Frau Gebauer, eigentlich auch fehl am Platz.

Die Gymnasien befinden sich nicht in der Position, einen Stärkungspakt zu benötigen wie Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten und tiefer Ressourcenkrise. Also ganz bestimmt nicht beim Gymnasium!

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Weil Ihnen das nicht in Ihr ideologisches Weltbild passt!)

Sie brauchen auch keinen Rettungsschirm wie den ESM. Mit dieser Überschrift liegen Sie völlig daneben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also: Verschwörungstheorien gegen Gymnasien, das lassen wir mal. Die kann die FDP endgültig in die Mottenkiste packen.

Dann will ich zu einem zweiten Punkt kommen, den die Kollegin Birkhahn gerade vorgetragen hat, und das geht ein bisschen in die Richtung, in die die FDP oft argumentiert. Was ist denn eigentlich der Ganztag?

(Ralf Witzel [FDP]: Wir schützen die Gymnasien vor Rot-Grün!)

– Jetzt bitte nicht wieder so neurotische Dinge, Herr Witzel. Davon sind wir ja jetzt im Schulausschuss frei; das müssen wir hier auch nicht miteinander diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage des Ganztags ist außerordentlich spannend. Was ist denn der Ganztag? – Der Ganztag ist ein Zeitgefäß für ein anderes Lernen. Der Ganztag ist ein Bildungskonzept und nicht eine Betreuungskomponente innerhalb der Schule. Das ist das Wichtige.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das wollen Sie den Gymnasien vorenthalten?!)

Deswegen ist das Interessante, dass Sie – auch aus den Reihen der CDU – mit Kleinen Anfragen zur Gestaltung der OGS kommen, bei denen ich mich frage: Von welchem Ganztagskonzept gehen

Sie eigentlich aus? Von einer Beliebigkeit, weil man in der Familie heute Betreuungsbedarf hat, Kinder dann aber wieder morgen aus der Gruppe herausnimmt? – Das kann alles so nicht sein. Leider hat Frau Birkhahn hiermit auch ein Missverständnis um die Ganztagschule auf den Weg gebracht.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Frau Beer, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Birkhahn aus der CDU zulassen?

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Aber herzlich gerne.

**Astrid Birkhahn (CDU):** Vielen Dank, Frau Beer. – Würden Sie mir zustimmen, dass eine unterschiedliche Konzeption beim offenen Ganztag und beim gebundenen Ganztag vorliegt und dass in dem einen Element Betreuung sicherlich eine andere Rolle spielt als in einem anderen Rhythmisierungsmodell, wie wir es im gebundenen Ganztag haben? Sollten wir darauf nicht doch differenzierter schauen?

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich will das noch einmal sehr deutlich betonen: Ganztag ist ein Bildungskonzept und kein Betreuungskonzept. Das ist die Grundlage.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Herr Stamp, auch für Sie noch zur Information: Den Gymnasien wird nichts vorenthalten, aber Sie haben sie in eine schwierige Situation gebracht, indem Sie ihnen das G8 vor die Füße gekippt haben. Das genau ist die Situation gewesen,

(Beifall von den GRÜNEN)

weshalb Gymnasien jetzt auch mehr in den Ganztag hineingehen. Gymnasien waren nie die Speerspitze der Ganztagsbewegung. Und sie sind es auch heute noch nicht. Dahin werden wir sie auch nicht zwingen. Aber jedem Gymnasium, das sich auf den Weg macht, wird der Ganztag auch gewährt. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Das, was Sie mit den Gymnasien gemacht haben, macht es erforderlich, dass da noch gearbeitet werden muss: G8 – ohne Mensen in der Kommune, G8 – ohne Vorbereitung eines Curriculums, G8 – ohne Vorbereitung für entsprechende Schulbücher! Das sind Ihre Hinterlassenschaften, an denen wir jetzt noch arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen daran arbeiten, weil Sie so mit den Schulen und mit den Kommunen umgegangen sind. Von daher brauchen Sie sich nicht aufzuschwingen, hier in dieser Art und Weise vorzutragen. Das ist der Phantomschmerz bei Ihnen, Herr Witzel. Vielleicht vermissen Sie den Schulausschuss,

(Vereinzelt Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

aber wir haben dort jetzt fruchtbare Debatten.

Ich unterhalte mich gerne mit Ihnen über die Frage von Ganztagskonzepten und wie man sie voranbringt. Aber leider hat die FDP, Frau Gebauer, auch nicht an der Bildungskonferenz teilgenommen. Da ist nicht in Schulformpolitik gedacht worden, sondern konzeptionell in der Breite mit Blick auf die Qualität des Ganztags in der Entwicklung. Wenn wir uns diese Dinge einmal gemeinsam angucken können, dann kommen wir in der Fachdiskussion etwas weiter. Aber wir vermeiden es dann auch, hier Missverständnisse über Konzeptionen und Funktionen vom Ganztag vorzutragen. Und auf der Ebene können wir uns dann gerne unterhalten.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Frau Kollegin, würden Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Stamp zulassen?

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Von Herrn Stamp aber ganz besonders gerne!

(Michael Hübner [SPD]: Oh, da geht noch was! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Frau Beer, ich bin überwältigt von Ihrem Charme! Vielen Dank.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber Ihnen gegenüber immer!)

– Danke schön.

Sie haben gerade ausgeführt, dass der Ganztag eine besondere pädagogische Qualität habe und nicht nur auf die Betreuung abziele.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Auf ein Bildungskonzept!)

– Genau, auf ein Bildungskonzept. – Uns geht es mit der Flexibilisierung darum, dieses Bildungskonzept verstärkt auch den Gymnasien zur Verfügung zu stellen. Warum wollen Sie es denn dann, wenn es ein wichtiges Bildungskonzept ist, den Gymnasien vorenthalten?

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Darf ich das noch einmal wiederholen: Es wird keinem Gymnasium vorenthalten. Sie haben es scheinbar immer noch nicht verstanden. Ich sage es noch einmal zum Mitschreiben, dann können Sie es nachlesen: Keinem Gymnasium, das den Antrag stellt, wird das vorenthalten.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie haben doch eben gesagt: Gymnasien brauchen es nicht!)

– Nein, ich habe gesagt, dass die Gymnasien nicht die Speerspitze der Ganztagsbewegung gewesen

sind, Herr Stamp – das ist in der Tat so –, und dass einige erst dahin gekommen sind, weil Sie sie in eine Situation gebracht haben, ganz neu über Ganztag nachzudenken; aber nicht in einer pädagogisch motivierenden, herausfordernden Art und Weise, sondern Sie haben sie in eine Zwangssituation vor Ort gebracht, die eine echte Notsituation war: Die Kinder müssen länger in der Schule sitzen – ohne Ausstattung, ohne Pausen, ohne Mensaausstattung. Das ist Ihre Hinterlassenschaft gewesen.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir wollen an den pädagogischen Konzepten arbeiten.

Noch einmal zum Abschluss: Pädagogisches Konzept heißt, anderes Lernen ermöglichen. Und das macht man in einer gesamten Schulorganisation. Nicht, dass die einen anders lernen und die anderen das wie vor hundert Jahren machen. Das ist die gemeinsame pädagogische Entwicklung.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie einmal etwas zur Qualität! – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Ja, Sie lernen es, glaube ich, nicht. Wir haben noch ein paar Jahre Zeit. Dann können Sie auch an dieser Position noch arbeiten, Herr Stamp. Ich bin auch ganz frohgemut, dass Sie das dann irgendwann mitnehmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Piratenfraktion scharrt die Kollegin Frau Rydlewski bereits mit den Hufen. Bitte sehr.

**Birgit Rydlewski (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Antrag der FDP stört mich zunächst einmal diese Fixierung auf die heilige Kuh Gymnasium. Im Sinne des Wahlkampfes ist das durchaus konsequent. Ich denke aber, dass es wichtig ist, dass für alle Schulen der Ganztag ausgebaut wird, sehe allerdings den Schwerpunkt eher bei den Schulen, die ausgleichen müssen, dass in unserem Land Bildungschancen noch zu sehr von sozialer Herkunft abhängig sind.

Der Antrag hat auch sehr viele gute Aspekte, zum Beispiel die Forderung nach mehr Flexibilität von Ganztagsangeboten. Arbeit muss heute flexibler gestaltet werden, der Betreuungsbedarf in Familien ist daher sehr unterschiedlich. Schulen müssen ihre Angebote entsprechend anpassen. Das führt dann auch langfristig zu einer besseren Vereinbarkeit von Kindern und Beruf.

Außerdem haben Kinder und Jugendliche außerhalb von Schule noch diverse Interessen und Verpflichtungen, die in Summe nicht belastend werden

dürfen. Es ist also ein Ausgleich zu schaffen zwischen dem berechtigten Interesse, dass man allen Schülerinnen und Schülern umfassende Möglichkeiten für Bildung bieten will, und den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen. Dabei muss Raum bleiben für Freizeitgestaltung in Vereinen, für Freunde, für Familie und einfach auch unverplante freie Zeit.

Wir Piraten möchten gerne noch einen Schritt weiter gehen. Wir möchten echte Flexibilität, echte Angebote, aus denen Kinder, Jugendliche und Eltern wählen können, nicht nur entweder Halbtage oder Ganztage, sondern angepasst an die individuelle und aktuelle Situation von Kindern und Jugendlichen, die sich im Laufe einer Schulkarriere auch deutlich ändern kann.

Die Details dieses Antrags und die gesamte Thematik wollen wir daher gerne mit Ihnen im Ausschuss weiter diskutieren. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herzlichen Dank, Frau Rydlewski. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis zur heutigen Debatte hier zu diesem Thema dachte ich, dass der Ganztage zu den Themen zählte, bei denen wir doch im Grunde einen Konsens haben.

Ganztage Schulen sind ein Bildungsangebot. Deswegen hat mich etwas irritiert, Frau Birkhahn, dass Sie mehr von den Eltern als von den Kindern gesprochen haben, von den Kindern und Jugendlichen, für die wir dieses Bildungsangebot einrichten und finanzieren, und zwar gerne. In Ganztage Angeboten können Kinder und Jugendliche ihre Interessen und Begabungen entdecken und entfalten. Zudem integrieren Ganztage Schulen zunehmend Hausaufgaben in Lernzeiten, sodass Schülerinnen und Schüler auch Zeit gewinnen, außerhalb von Schule ihren Interessen nachzugehen.

Und: Der Ganztage hat eine positive Auswirkung auf das Schulklima, weil soziales Lernen stattfindet, weil es ein anderes Miteinander auch von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern gibt. Auch das ist ein wichtiger Aspekt.

Bis 2005 hatten nur Gesamtschulen eine Chance auf den Ganztage. Zwischen 2005 und 2010 wurden Gesamtschulen systematisch ausgeschlossen.

(Ralf Witzel [FDP]: Fast 100 % waren im Ganztage!)

Heute haben alle Schulformen gleichermaßen Zugang zum Ganztage, und das ist auch gut so. Insofern noch einmal für alle: Alle bewilligungsreifen An-

träge von Schulformen welcher Art auch immer sind von mir als Landesregierung genehmigt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass der FDP-Antrag das nicht infrage stellt, wenn er Werbemaßnahmen auf eine Schulform begrenzen will.

Meine Damen und Herren, für die Gestaltung und den Ausbau des Ganztages reicht Werbung nicht aus. Die Schulen brauchen fachliche Begleitung. Die im Antrag geforderten Fachveranstaltungen und Praxisbeispiele gibt es längst. Ich empfehle einen Blick in das Angebot der Serviceagentur „Ganztägig lernen in Nordrhein-Westfalen“ – SAG.

Ich will es noch einmal sagen: Mit Mitteln des Schulministeriums und der Stiftung Mercator führt die SAG das Vorhaben Lernpotenziale individuelle Förderung im Gymnasium durch. Es beteiligen sich 142 Ganztage- und Halbtage Gymnasien in regionalen Netzwerken. Es geht vor allem um die Integration der Hausaufgaben in Lernzeiten. Ich bin zuversichtlich, dass sich manches Halbtage Gymnasium im Verlauf des Projektes für den Ganztage entscheiden wird.

Meine Damen und Herren, über die Parallelität von Halbtage und Ganztage mag man streiten. Aber wir haben nicht ohne Grund den Ganztage als eines von sieben Handlungsfeldern und ein wichtiges Handlungsfeld zur Optimierung von G8 konzipiert. Ich fand eine Aussage verräterisch, Frau Gebauer. Sie haben gesagt, im nächsten Jahr ist das ja vorbei mit den Problemen mit dem G8. Ich erhalte nach wie vor Zuschriften, dass die Schulen das Konzept noch nicht verinnerlichen konnten, weil Sie es so hau-rückähnlich eingeführt haben.

(Beifall von Renate Hendricks [SPD])

Das bleibt noch eine Baustelle in der gemeinsamen Arbeit.

Eine Zersplitterung in Züge führt in den Schulen letztlich zu einer Zweiklassengesellschaft: Lernzeiten bei den einen, Hausaufgaben bei den anderen.

Der Hinweis auf Erfahrungen anderer Bundesländer hilft wenig. In Bayern gibt es erhebliche Auseinandersetzungen um das Thema „G8 auch in Ganztage“.

Meine Damen und Herren, der Ganztage ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Ländern ausgesprochen flexibel. Die schwarz-gelbe Regierung hat 2009 unter dem Motto „Flexibel und bedarfsgerecht“ ein Konzept entwickelt, das ich fortgeführt habe. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler ist in der Regel an drei Tagen und sieben Zeitstunden erforderlich. Darüber hinaus gibt es freiwillige Angebote. Der Ganztage kann in den verschiedenen Klassenstufen mit einem differenzierten

höheren und niedrigeren Verpflichtungsgrad umgesetzt werden.

Ihre Forderung mit den Zügen würde doch zu Folgendem führen: Die Schulen würden natürlich dann nicht mehr einen 20%igen Ganztagszuschlag bekommen, wenn Sie den Ganztag in der Sekundarstufe I insgesamt nicht umsetzen. Dann hätten sie wesentlich weniger Gestaltungsmöglichkeiten. Ein Drittel des Ganztagszuschlags kann flexibilisiert werden, kann kapitalisiert werden, sodass wir zum Beispiel außerschulische Lernpartner in die Schulen hineinbekommen können. Deshalb gibt es keinen Einheitsganztags für alle Kinder und Jugendlichen, aber es ist ein einheitliches Konzept für Schülerinnen und Schüler einer Schule erforderlich.

Das größte Hemmnis zum weiteren Ausbau des Ganztags – das hat Frau Kollegin Stotz angesprochen – ist das Kooperationsverbot. Letztlich profitiert der Bund von den zusätzlichen Steuereinnahmen, die der Ganztags durch steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und höhere Bildungsabschlüsse der Schülerinnen und Schüler bewirkt. Die Kosten tragen aber die Länder und Kommunen. Das ist eine reale Gerechtigkeitslücke, die wir gemeinsam schließen sollten. Dabei sollten Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Landesregierung unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind damit am Schluss der Beratung. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/1269 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 6 Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/17

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1336 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Hauptausschusses  
Drucksache 16/1245

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1287

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1335

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Töns das Wort.

**Markus Töns (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter Lesung abschließend die Novelle des Glücksspielstaatsvertrages und die dazugehörigen Ausführungsgesetze.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber noch einmal an den Ersten Glücksspielstaatsvertrag erinnern. Dieser trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Am 8. Oktober 2012 scheiterte er vor dem Europäischen Gerichtshof, also knapp drei Jahre nach seinem Inkrafttreten.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir hatten Ihnen damals prophezeit, dass das so kommen wird. Wir hatten schon in den Beratungen 2008 darauf hingewiesen, dass dieser Staatsvertrag nicht dem Gemeinschaftsrecht der Union nachkommt. Wir hatten Ihnen prophezeit, dass er vor dem EuGH scheitern wird.

Der EuGH bekräftigte im Übrigen das Recht eines staatlichen Wettspielmonopols zum Schutz von Verbrauchern. Aber die Richter kritisierten den Verstoß gegen die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit und den nicht ausreichenden Versuch der Spielsuchtbekämpfung.

Deshalb sind die Ziele des neuen Staatsvertrages auch, das Entstehen von Glücksspielsucht und Wettsucht zu verhindern und Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung zu schaffen, das Spielverhalten in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, der Entwicklung unerlaubten Glücksspiels in Schwarzmärkten entgegenzuwirken, den Jugend- und Spielerschutz zu gewährleisten und sicherzustellen, dass das Glücksspiel ordnungsgemäß durchgeführt wird und Manipulationsmöglichkeiten abgewehrt werden, Gefahren für die Integrität des sportlichen Wettbewerbs bei Veranstaltungen und Vermitteln von Sportwetten vorzubeugen. Kanalisierung, Kriminalitäts- und Betrugsverhinderung und damit Verbraucherschutz und Suchtbekämpfung stehen nun in der Diskussion gleichberechtigt nebeneinander.